

Wirtschaft

Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft.

Wir stehen zum Euro. Allerdings sind dringende Reformen notwendig, um den Euro und die Euroländer zu stabilisieren.

Der Euro hat für Deutschland viele Vorteile. Allerdings muss Deutschland für die Vorteile im Augenblick sehr viel deutsches Steuergeld in Euro-Krisenländer schicken.

Deutsche Steuergelder dürfen nicht dazu genutzt werden, um ausländische Banken und Zockerinvestoren zu sanieren.

Neben den Vorteilen für die Wirtschaft hat die EU und der Euro auch den europäischen Gedanken gefördert und dafür gesorgt, dass die Generation der Mittvierziger / Mittfünfziger die erste Generation ist, die keinen großen Krieg in Europa hautnah erleben musste, in den Deutschland involviert war. Dafür sollte jeder dankbar sein. Man muss sich einfach nur anschauen, welche Kleinstaatlichkeit und welche Verfeindungen vor der EU geherrscht haben.

Allerdings ist die EU auch ein viel zu aufgeblähter Wasserkopf geworden. Hier sollten dringend Reformen her, sonst macht sie sich langfristig mit teilweise unsinnigen Gesetzgebungen bei uns Europäern unglaubwürdig. Für uns stehen trotz aller Probleme des Euros der Europäische Gedanke und das Miteinander der Staaten im Vordergrund. Die Möglichkeit, ohne Probleme als Deutscher in anderen EU Staaten zu leben und Geschäfte zu machen, sich dort wohl zu fühlen, muss erhalten bleiben.

Dieser Europäische Gedanke ist auch durch die EU und den Euro entstanden, das sollten wir uns nicht kaputt machen.

Aber die AViP ist dafür bekannt, den Finger in die Wunde zu legen, nicht alles rosarot zu sehen. Wir fordern nicht nur Reformen, sondern haben auch finanzierbare Lösungsansätze und Konzepte. Man muss den großen etablierten Parteien in Deutschland auf die Finger schauen, Ihnen Dampf machen. Sind sie erst mal gewählt, kommt es oft zu Reformstau oder Lobbyistenpolitik und das darf nicht sein. Deutschland hat in sehr vielen Bereichen Reformstau, da die letzten Regierungen meist nur verwaltet haben und die wirklichen großen Probleme, die auf Deutschland in vielen Bereichen zukommen werden, nicht angepackt haben. Als Regierung sollte man sich auch mal Gedanken darüber machen, wie wir Deutschland so fit bekommen, dass wir in 20-30 Jahren einen guten Lebensstandard bzw. eine vernünftige Lebensqualität genießen können.

Weitere Forderungen:

Geldwertsicherheit.

Härte Kontrollen und Auflagen für Eurosünder.

Keine weiteren Fallschirme in Milliardenhöhe, ohne mehr Kontrolle der Geberländer. Wenn ich bei einer Bank einen Kredit aufnehme, um ein Haus zu kaufen, muss ich auch genauestens aufzeigen, wie meine Vermögenssituation ist. Außerdem schaut mir die Bank die nächsten Jahre auf die Finger.

Entwicklung vernünftiger Wirtschaftsankurbelungsmodelle für Euro- Krisenstaaten. Andauerndes Zahlen an die Krisenstaaten bringt nichts. Leider sind Zahlungen auch mit schmerzhaften Regelungen verbunden. Allerdings dürfen Einsparungen nicht nur den einfachen Bürger treffen, sondern es sollten Einsparungen in diesen Ländern alle Bereiche treffen.

Die AViP fordert für diese Krisenländer:

- 1) Sehr harte Gefängnisstrafen bei Korruption
- 2) Abbau der Vetternwirtschaft, gerade in Südeuropa.
- 3) Starker Abbau des aufgeblähten Staatsapparates. Beamte wurden ohne Sinn und Zweck zu Hunderttausenden eingestellt. Hauptsache, der Familienangehörige war abgesichert.
- 4) Vernünftige Grundstrukturen im Steuerrecht. Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung und Kontrolle. Es kann nicht sein, dass z. B. sehr reiche Reeder in Griechenland nie Steuern bezahlt haben (gesetzlich verankert) oder Taxifahrer in Griechenland demonstrieren, da die Buchführung für sie eingeführt wird. Wenn man sieht, welche extremen Steuerbefreiungen und Schlupflöcher in den südeuropäischen Staaten existieren, braucht man sich nicht wundern, wenn diese Staaten jetzt fast zahlungsunfähig sind.
- 5) Es sind Milliarden an un versteuerten Geldern von Südeuropäern ins Ausland geflossen, z. B. Schweiz, England (London). Diese Menschen kokettieren sogar öffentlich damit und machen sich über Geberländer wie Deutschland lustig, dass wir unsere Steuergelder in deren Krisen-Heimatländer pumpen. Es muss eine nachträgliche Gesetzgebung in den Krisen-Euroländern geschaffen werden, damit die Gelder der reichen Südeuropäer nachversteuert werden. Die Namen und Zahlen der steuerflüchtigen Südeuropäer sind bekannt. Es geht hier um über hundert Milliarden.
- 6) Mehr Kontrolle der Banken in den Krisenstaaten.
- 7) Fakt ist, viele dieser Länder haben durch den Euro über ihre Verhältnisse gelebt. Jetzt muss man ganz vernünftig schauen, wie man diesen Ländern helfen kann, ohne dass die Bevölkerung in die Armut gedrückt wird. Wenn gesetzliche Grundlagen geschaffen worden sind und diese auch eingehalten wurden, muss man Anreize schaffen, um Unternehmen aus starken Ländern wieder in die armen Länder zu locken. Aber jeder Unternehmer braucht Planungssicherheit, vernünftige Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Die sehr langsame Bürokratie in diesen Ländern muss rapide beschleunigt werden.
Im Augenblick sehen wir da von Seiten der EU keine großen Visionen, Ideen oder Anstrengungen, vernünftige Förderprogramme in diese Ländern zu bringen. Die AViP hätte hier einige Konzepte, um die Wirtschaft dort anzukurbeln und die Stärken des Landes zu fördern. Im Schnitt muss man mit 5-10 Jahren rechnen, um die südeuropäischen Ländern wieder fit zu bekommen.
Die EU ist für uns im Augenblick in einem Standby-Reaktionsmodus. Die EU-Beamten reagieren meist nur, wenn ein EU-Land schon fast gegen die Wand gefahren ist und dann werden großzügig unsere Steuergelder verschleudert.
- 8) Aufbau von vernünftigen Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss dramatisch abgebaut werden.

Weitere Forderungen:

Aufbau einer vernünftigen, unabhängigen Ratingagentur in Deutschland/Europa.

Es kann nicht sein, dass wenige amerikanische Ratingagenturen, die eigene amerikanische Interessen vertreten, europäische Staaten wie ein Spielball herunterziehen.

Härteres Herannehmen von internationalen Zockerbanken.

Es darf nicht sein, dass wir Steuerzahler erst Banken retten und sich dann die Praktiken der Banker trotzdem nicht ändern. Die deutsche Regierung muss sich gegen Amerikaner und Engländer endlich besser durchsetzen.

Stabilität der Krisenländer.

Es ist notwendig, die Wirtschaft der Krisenländer zu stabilisieren, in dem die EZB den Euro stabil hält. Mittel der Stabilität dürfen aber nicht weitere Schuldeneinkäufe sein. So werden die Probleme nur in die Zukunft verlagert.

Rückzahlungsforderung/Sperre der Boni an Pleite-Banker

Deutsche Patente müssen in Deutschland bleiben.

Deutsche Patente haben das Land nur in Abstimmung und Genehmigung des Erfinders zu verlassen.

Mehr Mitspracherecht im Europäischen Rat.

Das Gewicht von Deutschland in der EU muss noch stärker werden. Wir sind die Zahlmeister von Europa, also wollen wir auch den Ton angeben und nicht alles akzeptieren.

Schaffung und Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur.

Es muss wieder Ziel der Gesellschaft sein, dass ein Arbeitnehmer mit seinem Gehalt/Lohn seine Familie ernähren kann. Es kann nicht sein, dass man in deutschen, teuren Großstädten 3 Jobs braucht, um zu überleben.

Förderung des Mittelstandes.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten harmonieren. Wenn die Wirtschaft und die Unternehmen florieren, können/sollten Unternehmen ihren Mitarbeitern mehr zahlen. Gewerkschaften sollten hier mit vernünftigem Augenmaß immer in Verhandlungen gehen. Der Arbeitnehmer sollte bei guter Wirtschaftslage profitieren, allerdings sollte er auch flexibel sein, wenn die Auftragsbücher nicht so voll sind.

Fakt ist, der Mittelstand als Motor der deutschen Wirtschaft muss gefördert werden! Der Mittelstand ist die Basis unseres Wohlstandes. Etwa 99% aller Unternehmen in Deutschland sind Mittelständler. Der Mittelstand wird von über 3 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen repräsentiert. Wir reden hier von fast 50% aller Bruttoinvestitionen und fast 60% der Bruttowertschöpfung in Deutschland. Ca 70% aller Arbeitnehmer sind im Mittelstand beschäftigt und rund ca. 80% aller Auszubildenden werden im Mittelstand ausgebildet. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig der Mittelstand für Deutschland ist.

Deshalb fordert die AViP:

- Steuerrecht entkomplizieren. Somit auch niedrigere Steuerberaterkosten. Aufgrund der komplizierten Steuervorschriften braucht man immer mehr den Steuerberater, und die Rechnungen werden immer höher.
- Bessere Zahlungsmoral der kommunalen und öffentlichen Auftraggeber in Deutschland. Die schleppende Zahlungsmoral ist teilweise unzumutbar. So entstehen Liquiditätsengpässe beim Mittelständler! Zur Beseitigung organisatorischer Gründe für die verspäteten Zahlungen öffentlicher Auftraggeber muss ein konsequentes betriebswirtschaftliches Kreditorenmanagement in den Kommunen endlich eingeführt werden.

Vorschlag: Kommunale Rechnungen werden künftig durch die Sparkassen (an den die Kommunen/Kreise beteiligt sind) in normalen Zahlungszeiträumen überwiesen. Die Zinsen tragen dann die Kommunen selbst. Sie rechnen dann mit den Sparkassen direkt ab. So würde das Geld früher fließen.

- Die Kreditvergabepraxis bei Banken muss sich ändern. Der Mittelständler muss schnellstens leichter an Kapital kommen können. Hier müsste schnellstens Risiko- und Beteiligungskapital mobilisiert werden und im Rahmen von Betriebserhaltungsmodellen auch unkompliziert für Kleinbetriebe und in kleineren Beträgen erhältlich sein.
- Forderung nach Verbesserung der Ausrüstung der Polizei und Optimierung der Ausstattung der Gerichte. Die organisierte Kriminalität hat starke Ausmaße angenommen, der gewerblichen Wirtschaft wird so Schaden in Milliardenhöhe zugefügt.
- Sicherstellung der Energieversorgung zu verkraftbaren Preisen
- Außenwirtschaftsförderung. Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den gesamten Außenhandel. Ferner ist eine Förderprogrammerweiterung für kleine und mittelständische Betriebe besonders wichtig.
- Einführung des Strafbestandes der Amtsuntreue/Steuerverschwendung
Siehe z. B., Steuerverschwendung beim Bau des Berliner Flughafens.
- Wirtschaftsunterricht an allen Schulen. Wirtschaftsunterricht muss an den Schulen fester Bestandteil werden. Projektstage, Betriebsbesichtigungen, Gespräche mit Unternehmen, Praktika für Schüler langen nicht, um zu verstehen, wie Wirtschaft funktioniert. Nur wer weiß, wie Wirtschaft funktioniert, kann Entscheidungen für die spätere berufliche Ausbildung und den richtigen Lebensweg sachkundig treffen.
- Abbau nicht notwendiger Bürokratien, z. B. bei Existenzgründern. Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern als primäre Anlaufstelle für Existenzgründer könnten die notwendigen Formalitäten und Erlaubnisse bündeln.